

## Prüfungstext

### Ausprägungen und Folgen der Inflation

Inflation lässt sich gliedern in verschiedene Geschwindigkeiten (schleichend, trabend, galoppierend und Hyperinflation) und Phasen (akzelerierte Phase – stabilisierte Phase – dezelerierte Phase). Der Begriff „Inflation“ bezeichnete ursprünglich die Inflationen der frühen 1920er Jahre, die heute als schwere oder Hyperinflationen gelten. Heute wird er losgelöst von der tatsächlichen Geschwindigkeit der Erhöhung des Preisniveaus in einem Land gebraucht.

*Leichte Inflation* (etwa 0 % bis 5 % Wertverlust im Jahr) hat nachfragefördernde Wirkung, da Leute ihr Geld ausgeben oder investieren wollen. Freilich verlangen sie für Investitionen immer noch eine Liquiditätsprämie, das heißt die Renditen müssen deutlich über der Inflationsrate liegen.

Bei *schwerer Inflation* (etwa über 5 % Wertverlust im Jahr) verliert das Tauschmittel Geld seinen Wert schneller als andere Güter (zum Beispiel Immobilien, Aktien, Sachkapital allgemein) und büßt daher die Wertmaßstabsfunktion und Wertaufbewahrungsfunktion ein, stattdessen wird eine Ersatzwährung verwendet, so zum Beispiel Zigaretten in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, der US-Dollar in der Türkei (früher) oder Argentinien. Es kommt zur Flucht in wertstabile Sachwerte und zu Kapitalflucht. Auf den Kapitalmärkten nimmt das Kapitalangebot ab, da die Anbieter wegen der Inflation mit einem Werteverzehr rechnen, der Kapitalzins steigt. Aus gleichem Grund werden langfristige Kredite kaum noch angeboten, schon gar nicht mit festem Zins. So besteht auch für Kreditnehmer keine Planungssicherheit mehr. Bisher knapp lohnende Investitionen werden durch Zinssteigerung unrentabel, Unternehmen, deren Rendite nicht mehr ausreicht, gehen bankrott.

Die inländische Währung wertet im Falle flexibler Wechselkurse ab, bei festen Wechselkursen jedoch wird es für ausländische Anbieter attraktiver, Waren im Inland anzubieten, für die inländischen Anbieter lohnt es sich weniger zu exportieren.

## **Prüfungstext**

### **Keynesianische Erklärung**

Eines der Grundprinzipien des Keynesianismus ist die negative Korrelation zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Grundlage für diese Annahme bildeten empirische Untersuchungen auf der Basis historischer Daten, die mit sinkender Arbeitslosigkeit ein höheres Preisniveau verbanden (Phillips-Kurve/Phillips-Theorem). Theoretisch erklärt wurde dieses Prinzip damit, dass mit sinkender Arbeitslosigkeit das Volkseinkommen steigt und hierdurch die Konsumgüternachfrage stärker ansteigt als Produktionskapazitäten geschaffen werden können. Dazu kommt, dass bei Vollauslastung die Preise ansteigen und die Gewerkschaften bei geringerer Arbeitslosigkeit höhere Lohnforderungen durchsetzen können, was sich auf die Preise auswirkt. Entgegen dieser Theorie trat in den 70er Jahren die Stagflation auf, welche neben einem hohen Arbeitslosenniveau auch steigende Inflationsraten verbuchte. Somit war die Phillips-Kurve insoweit widerlegt, weil sie nur gilt, wenn die Einflüsse von außen (die siebziger Jahre waren durch steigende Rohstoffpreise geprägt) stabil gehalten werden sowie bei einer Unterauslastung der Produktionskapazitäten, was vor allem in einer Deflation zutrifft.

Schöpft eine Volkswirtschaft ihre Produktionsmöglichkeiten zur Gänze aus – man spricht in diesem Zusammenhang von der PMK (=ProduktionsMöglichkeitenKurve) – so führt ein Anstieg der Nachfrage im Keynesianismus voll zu einer Preissteigerung. Die Unternehmen können die erhöhte Nachfrage nach Produkten nicht ausgleichen, daher werden diese Produkte einfach teurer (vgl. Nachfrage-Sog-Inflation oben). Fraglich ist, ob nicht schon vor Erreichen einer allgemeinen Vollauslastung der Kapazitäten schon in einzelnen Wirtschaftszweigen Engpässe auftreten, so dass die Preise bereits zu klettern anfangen, bevor Vollbeschäftigung und allgemein Vollauslastung der Kapazitäten erreicht worden ist.

## **Prüfungstext**

### **Monetarismus**

Monetaristen versuchen, mit Hilfe der Geldmenge die Inflation zu steuern. Eine Senkung der umlaufenden Geldmenge (in Deutschland auch kurz M1 genannt) würde etwa bedeuten, dass mit weniger verfügbarem Geld die gleiche Anzahl von Produkten gekauft werden muss.

Dadurch sinkt der Preis, da der Wert des Geldes insgesamt steigt. Eine solche Maßnahme wäre, wenn die Geldmenge zu stark reduziert würde, deflationär und rezessiv. So sank während der Weltwirtschaftskrise in den USA die Geldmenge um 30 %. In den 1970er Jahren orientierten sich die Zentralbanken noch am Zins. Allerdings stellte sich heraus, dass die Zentralbanken nur den kurzfristigen Geldzins, nicht aber den langfristigen Kapitalzins beeinflussen konnten. Im Gegenteil stiegen die langfristigen Zinsen sogar. Milton Friedman zeigte die Ungeeignetheit des Zinses zur Geldmengensteuerung und empfahl stattdessen das Preisniveau. Heutige Zentralbanken versuchen deshalb, das Wachstum der Geldmenge dem Wachstum des Produktionspotentials anzugleichen. Um für die Wirtschaftssubjekte die wirtschaftliche Planung zu erleichtern, verkünden manche Zentralbanken auch Inflationszielwerte, d. h. sie kündigen eine Geldpolitik an, die das Ziel hat, die Inflation unterhalb eines bestimmten Zielwertes zu halten. Die EZB hat zum Beispiel einen Zielwert von knapp unter 2 %. Probleme bereitet inzwischen zunehmend die Vermögenspreisinflation, die sich in spekulativen Blasen zeigen kann.

Die hohen Inflationsraten der 70er Jahre wurden, nachdem der Lohn- und Preisstopp unter Präsident Nixon erfolglos blieb, durch restriktive Geldpolitik gestoppt, das heißt, das Geldangebot wurde verknappt und die Zinssätze sowohl am langen wie am kurzen Ende, die lang- als auch die kurzfristigen Zinssätze, schnellten zum Dekadenwechsel 70er auf 80er Jahre (Paradigmenwechsel vom Keynesianismus zum Monetarismus) in die Höhe.